

Public Art Policies

26.-28.2.2004

Wien, Kunsthalle Exnergasse / WUK

Kontext

Die Wiener Konferenz Public Art Policies ist die erste in einer Reihe von diskursiven Veranstaltungen, die im Lauf des Jahres 2004 im Rahmen von republicart in Wien, Linz, Ljubljana, London, Lüneburg und Riga stattfinden werden. Public Art Policies soll gemeinsam mit einer zweiten Konferenz in Ljubljana die kulturpolitischen Aspekte des Gesamtprojekts thematisieren. Beide Konferenzen erörtern einerseits die jeweilige gesellschaftliche Funktion der Institutionen des Kunstfelds, andererseits die Beziehung zu den unterschiedlichen Finanzierungsstrukturen. Die unterschiedliche Fokussierung der beiden Veranstaltungen wird vor allem in den unterschiedlichen geopolitischen Situationen liegen: Während die Wiener Konferenz die sich verschärfende Lage der staatlich subventionierten Institutionen der zeitgenössischen Kunst in Mittel- und Nordeuropa reflektieren soll, wird in Ljubljana vor allem das sehr verschiedene institutionelle Gefüge des Kunstfelds in Süd- und Osteuropa beleuchtet.

Inhalt

"Das letzte Wort der Macht lautet, dass der Widerstand primär ist." (Gilles Deleuze)

Wohl kaum ein Satz trifft die Ununterscheidbarkeit, das Ineinanderverwobensein von Macht und Widerstand im postmodernen Setting besser als die hintergründige Formulierung von Gilles Deleuze. Wohl kaum ein Satz beschreibt jedoch auch besser die widersprüchliche Lage, die Chance und die Falle, in der sich progressive Kunstinstitutionen im zunehmend sich transformierenden europäischen Wohlfahrtsstaat befinden: Widerstand, Kritik, sind zwar primär, das letzte Wort hat jedoch die Macht.

Einerseits illustriert der Satz von Deleuze und die damit verbundenen Theoreme bei Foucault die Funktionen der Institutionen des Kunstfelds bei der Befriedung, Vereinnahmung und Instrumentalisierung von politischen Praxen, Themen und Phänomenen. Wie das Empire sich bei Hardt/Negri von der produktiven Kraft der Multitude nährt, scheint die Kunstinstitution als ausgelagerte Organisationsform des Staatsapparates abhängig zu sein von immer neuen Portionen kritischer Kunst, die sowohl die mediierende Institution wie auch den Apparat am Leben erhält.

Andererseits scheint den Kunstinstitutionen selbst im neoliberalen Verwandlungsprozess des Wohlfahrtsstaats in ein Partikel eines sich globalisierenden Netzwerks aus transnationalen Konzernen, suprastaatlichen Institutionen und mächtigen Nationalstaaten zunehmend der Boden entzogen zu werden, sich mit kritischen, antistaatlichen Phänomenen auseinandersetzen zu können: Die Finanzierungsengpässe der Kunstinstitutionen gehen einher mit einer zunehmend direkteren Einflussnahme der finanzierenden Institutionen auf die Programme.

In dieser doppelten Zwickmühle geht es also einerseits um die Diskussion um den Status Quo dessen, was als primäre Selbstdefinition des Zeitgenössischen in der Kunst gesehen wird: Kritik, Widerstand gegen das Bestehende, minoritäre Anliegen. Andererseits geht es um das pure Überleben der progressiven Kunstinstitutionen in einem Feld, das mehr und mehr von konservativen Kulturkolossen und neoliberal geprägten Spektakel-Kulturbetrieben beherrscht wird.

Ziele

Die Konferenz soll nicht das Pathos der subversiven Rolle der KunstproduzentInnen gegenüber Staat und Institutionen wiederholen, sondern vielmehr die Strategien der AkteurInnen in den Kunstinstitutionen selbst erörtern, sich aus der Umklammerung durch den Staatsapparat wenigstens temporär zu emanzipieren. Hier geht es um Selbstkritik ebenso wie um prekäre Versuche des Ausbruchs aus der oben beschriebenen Logik und um Utopien: Was sind die Antworten der sich progressiv verstehenden Kunstinstitution gegenüber der Hypostasierung des Publikumbegriffs, der politischen Forderung nach immer

neuen "new audiences", gegenüber einer populistisch geprägten Tendenz zur Simplifizierung, gegenüber der Rückbesinnung auf die auch spektakelmäßig verwertbare Aura der Alten Meister? Wie könnte die Funktion der Kunstinstitution als Medium zwischen Staatsapparat und Produktion emanzipatorisch gelesen/gewendet werden?

Andererseits soll die Rolle des geldgebenden Gegenübers, also der Kulturverwaltung und Kulturpolitik ein weiteres Mal analysiert werden mit dem dezidierten Fokus, kulturpolitische Programme im Feld der zeitgenössischen Kunst zu analysieren. Gibt es überhaupt kulturpolitische Programme, die in der oben beschriebenen Ausgangsposition ein emanzipatorisches Setting fördern? Wenn ja, welche und sind diese verallgemeinerbar? Wenn nein, wie wäre eine brauchbare Beziehung von Kulturpolitik und Kunstinstitutionen jenseits von Programmen vorstellbar?

Quer zu den beiden Hauptsträngen der Konferenz soll wie im gesamten Projekt republicart auch der jeweilige Begriff von Öffentlichkeit(en) reflektiert werden, vor allem die Frage, wie weit Kunstinstitutionen eine Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit(en) spielen und wie weit kulturpolitische Programme solche Strategien forcieren können.